



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Schule, Kultur und
Städtepartnerschaften
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter/in: Elke Kessel

Wiesbaden, 08.09.2021

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
am Donnerstag, 16. September 2021, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Es wird dringend empfohlen, einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 01.07.2021

Bereich Kultur

2. Evaluation Kulturbeirat - Zwischenpräsentation der identifizierten Handlungsempfehlungen durch Henrik Adler (institute for cultural government, Berlin)

Die Präsentation wird als Anlage zur Einladung digital verschickt und ist in ShareFile eingestellt..

3. Sachstand Covid 19 Bereich Kultur

4. 21-F-68-0003

Jahr des Wassers

-Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Volt, BLW/ULW/BIG und FW/Pro Auto vom 8. September 2021-

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat für das kommende Jahr 2022 das „Jahr des Wassers“ ausgerufen, zu dem es zahlreiche Veranstaltungen in Kooperation mit unterschiedlichen Institutionen geben soll, um die Bedeutung des Elements Wasser für Wiesbaden in der Geschichte und Gegenwart herauszuarbeiten.

Als Stadt, die am Rhein liegt und durch die zahlreiche Bäche fließen, aber vor allem als einstige „Weltkurstadt“, die ihre heutige Rolle ganz wesentlich den heißen Quellen zu verdanken hat, ist Wiesbaden wie kaum eine andere Kommune mit dem Element Wasser verbunden. Das Bewusstsein für diese besondere Beziehung ist bislang jedoch unterentwickelt. Die Möglichkeiten, diese einmalige Rolle des Wassers für die Identität der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt, für das Stadtmarketing und den Tourismus sowie für das kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben vor Ort nutzbar zu machen, werden bislang nicht genügend wahrgenommen. Insbesondere die heißen Quellen, denen die Stadt sogar ihren Namen verdankt, sind gegenwärtig im Stadtbild kaum sichtbar oder befinden sich hinsichtlich ihres Erscheinungsbildes in einem unbefriedigenden Zustand.

Die Idee für das „Jahr des Wassers“ ist daher sehr zu begrüßen. Allerdings befinden sich zahlreiche Quellen, Brunnen und Wasserflächen in einem schlechten Zustand, sodass zu befürchten ist, dass die beabsichtigte Wirkung des Jahres durch diese Situation konterkariert wird. Zudem bestehen noch Fragen, mit welchen Maßnahmen dieses Ereignis verknüpft werden wird und wie diese nachhaltig und langfristig dazu beitragen sollen bzw. können, das Profil Wiesbadens als Wasserstadt zu stärken.

Der Ausschuss Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und berichten:

- 1.) welche Veranstaltungen und Maßnahmen bislang für das „Jahr des Wassers“ 2022 geplant sind?
- 2.) inwiefern bei diesen Planungen berücksichtigt wird, dass die Veranstaltungen und Maßnahmen über das Jahr 2022 hinaus nachhaltig und langfristig zu einer Stärkung des Images von Wiesbaden als einer Stadt des Wassers beitragen?
- 3.) welche Veranstaltungen und Maßnahmen jenseits des „Jahres des Wassers“ aus Sicht des Magistrats und des zuständigen Dezernats notwendig wären, um das Profil Wiesbadens als Wasserstadt zu stärken?
- 4.) was insbesondere für die heißen Quellen - als historischer Ursprung der heutigen Stadt und ihrer Entwicklung zur Großstadt - für Planungen vorgesehen sind, um deren städtebauliche und architektonische Situation, ihre Einbindung in das kulturelle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben der Stadt sowie ihre allgemeine Präsenz im Stadtbild nachhaltig zu verbessern?
- 5.) inwiefern im Rahmen des „Jahres des Wassers“ auch konkrete Maßnahmen vorgesehen sind, um den unbefriedigenden Zustand mancher Quellen, Brunnen und Wasserflächen (z.B. des einstigen Seerosenbeckens seitlich der Wandelhalle in der Herbert-Anlage oder des versiegten Brunnens an der Treppenanlage am Eingang zum Nerotal) rechtzeitig zu verbessern?

5. 21-F-67-0008

Kulturförderung in Zeiten der Pandemie

-Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Volt und BLW/ULW/BIG vom 8. September 2021-

Durch die weltweite Corona-Pandemie und die dadurch notwendigen Maßnahmen zum Gesundheitsschutz, wurden die kulturellen Institutionen, Träger und Akteure sowie die Kreativwirtschaft auch vor Ort in Wiesbaden massiv in der Ausübung ihrer Tätigkeiten und hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Situation beeinträchtigt.

Seit Ausbruch der Pandemie wurden von Seiten des Landes, des Bundes und der EU sowie von Stiftungen und Institutionen Förder- und Hilfsprogramme aufgelegt, um die betroffenen Personen und Institutionen aus dem Bereich der Kultur durch finanzielle bzw. materielle Zuwendungen zu unterstützen.

Der Ausschuss Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und berichten:

- 1.) welche im Zuge der Pandemie aufgelegten kulturellen Förder- und Hilfsprogramme von Seiten des Landes, des Bundes und der EU oder von Dritten (Stiftungen usw.) der Stadt und ihrem Kulturamt bekannt sind?
- 2.) welche Maßnahmen die Stadt ergriffen hat, um die möglichen Empfänger dieser Förderungen und Hilfen in der Stadt über diese Programme zu informieren und sie bei der Beantragung von Mitteln zu unterstützen?
- 3.) welche dieser Förderungen und Hilfen städtische Kulturinstitutionen beantragt und ggf. bewilligt bekommen haben?
- 4.) welche dieser Förderungen und Hilfen nicht-städtische kulturelle Institutionen, Träger und Akteure beantragt und ggf. bewilligt bekommen haben?
- 5.) ob es besondere Umstände gab oder gibt, die einer Beratung für bzw. (erfolgreichen) Beantragung von Förderungen und Hilfen im Sinne von BP 2 bis 4 im Wege standen?
- 6.) inwieweit bekannt ist, welcher Anteil der oben genannten Förder- und Hilfsprogramme von Seiten des Landes Hessen bislang auf kulturelle Akteure, Institutionen und Träger mit Wohnort oder Sitz in Wiesbaden entfallen ist?

6. 21-V-41-0011

DL 33/21-20

Zusätzliche Fördermaßnahmen Kultur aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie

Bereich Schule

7. Sachstand Covid 19 Bereich Schule

ANLAGE: Fragen zur Lage der Schulen in der Corona-Pandemie von Die Linke.Stadtfraktion Wiesbaden vom 08.09.2021

8. 21-F-20-0021

Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA)
-Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 07.09.2021-

Das Modellprojekt „Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA)“ wird laut Kultusministerium um weitere vier Jahre verlängert. Das primäre Ziel der BÜA ist es, Schülerinnen und Schüler mit differenziertem Unterricht, umfassender beruflicher Orientierung und einer Stärkung ihrer sozialen und persönlichen Kompetenzen auf dem Weg in die künftige Arbeits- und Lebenswelt zu begleiten. Drei Schulen aus dem Schulamtsbezirk haben sich entschlossen die neue Schulform BÜA zum Schuljahr 2021/2022 in einem Schulverbund einzuführen. Teil des Schulverbundes sind die Kerschensteinerschule, die Friedrich-Ebert-Schule und die Beruflichen Schulen des Rheingau.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Wie viele Plätze stehen an den Wiesbadener Schulen (BÜAs) zur Verfügung?
2. Wohin werden die abgelehnten Schüler*innen vermittelt?
3. Sind bereits Erweiterungen der Plätze geplant?

9. 21-F-67-0009

Zustand Sporthallen Schierstein
-Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Volt und BLW/ULW/BIG vom 8. September 2021-

Die Sporthalle der Joseph-von-Eichendorff-Schule in Wiesbaden-Schierstein ist auf Grund der Einsturzgefahr des Dachs mittlerweile gesperrt. Die Sporthalle der Erich-Kästner-Schule ist derart von Pflanzen bewuchert, dass diese sich bereits in der Sporthalle ausbreiten. Beide Schiersteiner Schulsporthallen sind seit Jahren abgängig und in einem schlechten baulichen Zustand. Der Boden in der Sporthalle der Joseph-von-Eichendorff-Schule wurde kurz vor der Sperrung noch umfassend saniert.

Neben den Schulen sind auch zahlreiche Vereine von der Sperrung und der potentiell drohenden Sperrung der Joseph-von-Eichendorff-Schule betroffen.

Der Ausschuss Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen:

Der Magistrat möge prüfen und berichten:

1. wieso beide Schulsporthallen nicht saniert wurden, obwohl der schlechte bauliche Zustand beider Hallen seit Jahren bekannt ist?
2. seit wann der mangelhafte Zustand des Sporthallendachs der Joseph-von-Eichendorff-Schule bekannt war? Falls der mangelhafte Zustand bereits vor der Sanierung des Bodens bekannt war, wieso zunächst finanzielle Mittel für die Bodensanierung bereitgestellt wurden und nicht zunächst das Dach repariert wurde?
3. in welchem zeitlichen Abstand alle Wiesbadener Schulen und Schulsporthallen begutachtet werden? In welchem zeitlichen Rahmen und in welcher Reihenfolge die erkannten Mängel abgestellt bzw. beseitigt werden? Seit wann die baulichen Mängel dem zuständigen Dezernat bekannt waren?
4. welche zusätzlichen Räumlichkeiten den Schulen und Vereinen zeitnah zur Verfügung gestellt werden und wie die Kosten aus dem laufenden Dezernatsbudget gedeckt werden können?

5. wann mit dem Neubau beider Hallen gerechnet werden bzw. deren zukünftige Nutzung sichergestellt werden kann und wie der Magistrat zukünftig ausschließen möchte, dass solche baulichen Mängel in anderen Wiesbadener Schulen und Schulsporthallen zu Schließungen und Sperrungen führen?
6. ob und wie das zuständige Dezernat seine internen Vorgänge evaluiert, sodass zukünftig finanzielle Fehlplanungen verhindert werden können? Falls das bisher nicht der Fall ist, mit dem zuständigen Dezernat entsprechende Controlling-Maßnahmen zu erarbeiten und einzuführen. Dabei sind diese Maßnahmen den Stadtverordneten zeitnah vorzulegen und darüber zu berichten.
7. ob es als sinnvoll erachtet wird, dass die Pavillons, die offenkundig in einem schlechten baulichen Zustand sind, erneut übergeprüft werden? Falls der Magistrat dieses Vorgehen als sinnvoll erachtet, möge er bitte Stellung dazu nehmen, wieso die Bewertung aus der Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2014 nicht ausreicht.

10. 21-F-55-0030

Gesundes Essen an Schulen

-Antrag von DIE LINKE. Stadtfraktion vom 8. September 2021-

Die Notwendigkeit des Ausbaus schulischer Nachmittagsangebote ist weithin unbestritten. Die Einführung eines bundesweiten Rechtsanspruchs auf ein entsprechendes Angebot für die Grundschul Kinder und eine Realisierung ab 2026 ist absehbar. Dies erfordert neben entsprechenden finanziellen Zuweisungen an die Kommunen umfangreiche Investitionen und Personalplanungen durch die Kommunen. Seitens des Sozialdezernats wurden dazu wiederholt umfangreiche Sachstandsberichte gegeben. Dabei fällt auf, dass die Aspekte, die die Einnahme von Mittagsmahlzeiten an Schulen betreffen, wie z.B. die Ausstattung mit Mensen, nicht Gegenstand des Sachstandsberichts sind, obwohl sie für die Qualität schulischer Ganztagsbetreuung von erheblicher Bedeutung sind. Da auch an weiterführenden Schulen die Notwendigkeit besteht, Einrichtungen für die Einnahme einer Mittagsmahlzeit zu schaffen und diese im Rahmen von "G8" an Gymnasien auch geschaffen wurden, besteht auch hier die Notwendigkeit, die Situation im Blick zu halten, um entsprechende Planungen für Investitionen und Personal rechtzeitig einleiten zu können und die notwendigen finanziellen Mittel im Haushaltsplan vorzusehen.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat möge einen Sachstandsbericht zu den Angeboten von Mittagsmahlzeiten an Schulen geben und insofern auch den Bericht des Sozialdezernats zu Nachmittagsangeboten für Grundschul Kinder ergänzen. Der Bericht soll (zumindest) alle städtischen Schulen der verschiedenen Schulformen umfassen und erkennen lassen, an welchen Schulen bereits Mensen bzw. besondere Räume zur Einnahme von Mittagsmahlzeiten in ausreichendem Maße vorhanden sind, wo diese für die Jahre 2022/23 bzw. in den folgenden Jahren fertig gestellt werden sollen und inwieweit dafür finanzielle Mittel für die Jahre 2022/23 bzw. folgende geplant sind. Es soll auch Auskunft darüber gegeben werden, inwieweit an den Schulen die Mahlzeiten in eigenen Küchen hergestellt (Ausstattung mit Fettabscheider usw.) oder nur durch Cateringbetriebe angeliefert werden.

Bereich Städtepartnerschaften

11. Verschiedenes (alle Bereiche)

Tagesordnung II

1. **21-V-04-0007** **DL 30/21-4**
Bericht zum Projekt Walkmühle
2. **21-V-41-0005** **DL 31/21-8**
Neuausrichtung der institutionellen Kulturförderung der Landeshauptstadt Wiesbaden
3. **21-V-41-0015** **DL 30/21-7**
Kunsthhaus Wiesbaden; Bericht 2021 zur laufenden Sanierung
4. **21-V-41-0016** **DL 30/21-8**
Brandschutzmaßnahmen Schloss Freudenberg (Wiesbadener Gesellschaft Natur + Kunst gemeinnütziger e.V.)
5. **21-V-41-0018** **DL 30/21-9**
Förderprogramme Musik und Darstellende Kunst
6. **21-V-41-0022** **DL 30/21-10**
Förderprogramm Kulturelle Bildung an Schulen
7. **21-V-20-0039** **DL 33/21-15**
Investitionscontrolling 2021 zum Stichtag 03.08.2021
8. **21-V-40-0029** **DL 33/21-19**
Erweiterung der Kohlheckschule - Grundsatzvorlage
9. **21-V-51-0045** **DL 31/21-11**
Bericht "Nachmittagsangebote Bildung, Erziehung und Betreuung für Grundschul Kinder - Schuljahr 2020/21"

Seite 7 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften am 16. September 2021

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Jacobs
Vorsitzender